Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal. Sonntags einmal. Gratis-Beiblätter: Montag „Heitgeiß", Mittwoch „Technische Rundschau", Donnerstag und Sonntag „Der Welt-Spiegel", Freitag illustriertes Beiblatt „ULK", Sonnabend „Haus Hof Garten"; täglich „Sportblatt". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Österreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich 7,20 M. exkl. Zustellungsgebühr. Ausland exkl. Postaufschlag; für Groß-Berlin monatlich 2,50 M. vierteljährlich 7,50 M. frei ins Haus. Unter Kreuzband monatlich: für Deutschland und Österreich-Ungarn 6 M., fürs Ausland 10 M., bei täglich einmaliger Zustellung 8 M. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Straße 46-49 (Fernsprecher Amt Zentrum Nr. 1031–1042, für den Fernverkehr Nr. 14207–14209), und den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile 1 Mark u. 30% Zuschlag. Familien-Anzeigen u. 20% Zuschlag. Stellen-Gesuche ohne Zuschlag. Inseraten- u. Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Str. 46-49, und deren Filialen: Leipziger Str. 108, Potsdamer Str. 38, Zimmerstr. 39, Königstr. 56/57, Rosenthaler Str. 48, Schönhauser Allee 144, Moritzplatz, Rathenower Str. 3, Turmstr. 61, Schiffbauerdamm 4, Gr. Frankfurter Str. 101, Frankfurter Allee 220, Blücherstr. 69, Wiener Str. 1-6, Greifswalder Str. 197, Hennstr. 1, Badstr. 55, Charlottenburg: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 34, Scharrenstr 39, Nürnberger Str. 25/26, Friedenau: Rheinstr. 19, Halensee: Grunewald: Henriettenplatz, Lichtenberg: Frankfurter Allee 241, Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2, Neukölln: Berliner Str. 41, Pankow: Bornholmer Str 1, Schmargendorf: Breite Str. 29, Schöneberg: Hauptstr. 23/24, Martin-Luther-Str. 9, Steglitz: Albrechtstr. 130, Tegel: Berliner Str. 90, Tempelhof: Berliner Str. 147, Wilmersdorf: Uhlandstr. 98/99 In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Steinstr. 1; Frankfurt a. d. O.: Regierungsstr. 45; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 343
46. Jahrgang

Sonntag
8. Juli 1917

Der Reichstag und die Regierung.

Besprechung des Kaisers mit dem Reichskanzler. — Die Einigungsformel über den Verständigungsfrieden.

Diplomatie und Demokratie.

Von [Nachdruck verboten.]
Fürst Lichnowsky.

II.

Auswärtige Politik ist Liebe und Haß für nationalistische Schwärmer, Tradition und Satisfaktion für ignorante Romantiker, Treue und Verrat für naive Philister, Aktensport für krausköpfige Berater, amüsanter Zeitvertreib für gelangweilte Höfe, ihre Karriere für viele Diplomaten, für ungeduldige Generale der Weg zum Ruhme und für deutsche Gelehrte eine terra incognita. In Wahrheit die Geschäfte der eigenen Firma mit fremden Firmen. Auch als Kunst mag sie gelten, wenn sie mit Erfolg neue eigene Bahnen betritt und eine Idee, aber keinen Irrtum verkörpert. Alsdann verrät sie den Unterschied zwischen Staatskunst und bureaukratischer oder diplomatischer Routine und Mittelmäßigkeit.

Auch zur Zeit Bismarcks waren die Botschafter und Gesandten nicht lauter Leuchten. Wenn wir von Hohenlohe, Schweinitz, Hatzfeldt und etwa noch Arnim und Radowitz absehen, so überragten nur wenige noch das Durchschnittsmaß brauchbarer Vertreter. Aber die Hauptsache war da: die staatsmännische Leitung der auswärtigen Politik.

Ich enthalte mich absichtlich aller persönlichen Bemerkungen, wenn ich aber sachlich sein will, so muß ich mich fragen: Liegt nicht die Schuld im System?

Das System setzt alles auf eine Karte, es spielt sozusagen auf das große Los! Die Geschicke der Nation liegen in der Hand eines Beamten, der doch nur in seltenen Fällen einer solchen Aufgabe gewachsen ist. „The one-man-system", wie die Engländer es nennen. Während bei ihnen jede Frage von Belang erst vor das Kabinett gebracht wird, einem aus etwa 20 Mitgliedern bestehenden Kollegium, das wiederum mit der parlamentarischen Mehrheit in dauernder Fühlung bleibt und in wichtigen Fragen der auswärtigen Politik auch mit der Opposition, liegt bei uns alles in der Hand eines Ministers, der sich von unverantwortlichen, oft ungeeigneten oder auch absonderlichen Untergebenen beraten läßt.

Gewiß hat er die Befehle des Monarchen einzuholen, und dieser fällt die letzte Entscheidung. Bei vielseitiger Inanspruchnahme und mannigfaltigen Interessen fehlt dem Souverän aber die Möglichkeit alle Fragen zu ergründen und zu beherrschen. Er ist im wesentlichen auf den Vortrag angewiesen, der ihm gehalten wird, und zwar um so mehr da der Minister ja auch die Verantwortung zu tragen hat und nicht der Monarch. Fällt die Entscheidung in einer wichtigen Frage gegen den Vortrag aus, so weiß ersterer, was er zu tun hat.

Trotz gelegentlicher temperamentvoller Kundgebungen enthält sich der Monarch viel mehr, als man gewöhnlich annimmt, autokratischer Eingriffe und es ist mir aus der Zeit, wo ich im Auswärtigen Amt vortragender Rat war, und auch seither kein Fall, weder in der auswärtigen Politik noch bei Besetzung wichtiger Stellen im Reichsdienst bekannt geworden, wo nicht die Entscheidung auf Grundlage ministerieller Vorschläge gefallen wäre.

Wird dieses System, das System der individualisierten Verantwortlichkeit, der Beamtenallgewalt nach dem Kriege noch haltbar sein? Muß der monarchische Gedanke zu Schaden kommen, wenn die Verantwortung auf breiterer Basis ruht, wenn an Stelle des einzelnen ein Kollegium tritt und wenn dieses Kollegium wiederum, ohne daß es aus Mitgliedern des Parlaments zu bestehen braucht, mit der Volksvertretung, den Mehrheitsparteien, in engerer Fühlung, in organischem Zusammenhange sich befindet? Werden Fragen, die das Schicksal der Nation entscheiden, noch weiter bureaukratisch-patriarchalisch bestimmt werden, ohne daß das Prinzip der Selbstverwaltung auch auf die Geschäfte des Staates und des Reiches übertragen und der Nation ein erweitertes Selbstbestimmungsrecht eingeräumt wird?

Der Geist „wahrer Demokratie", den Kaiser Karl verkündet, wird sicherlich auch bei uns einziehen, man mag dies nun für ein Glück halten oder nicht. Das ist Ansichts- und Geschmacksache, aber die notwendige Folge der gewaltigen Ereignisse, die wir seit drei Jahren erleben.

Es wird in Zukunft nicht mehr angehen, Verträge zu schließen oder zu erneuern, die die Nation in einen Krieg verwickeln können, ebenso wenig aber bestehenden eine entsprechende Auslegung zu geben ohne Zustimmung der Volksvertretung. Auch die Absendung eines Ultimatums oder einer Kriegserklärung wird ohne vorherige Befragung des Parlaments nicht erfolgen können.

Wenn wir in einer Zeit wachsender Demokratisierung und Republikanisierung der Völker die Monarchie ungeschädigt erhalten wollen, so muß sie entlastet werden, sonst läuft die Krone Gefahr, noch mehr als bisher der Kritik ausgesetzt und unter Umständen für Mißgriffe und oder gar für Mißerfolge belastet zu werden, an denen sie keine Schuld trägt.

Die Mitarbeit und Mitverantwortlichkeit der Volksvertretung wird eine Erweiterung erfahren, man mag über Parlamentarier und deren staatsmännische Fähigkeiten denken, wie man will. Den Beamtenstaat, das Autoritätsregime Bismarckscher Prägung werden wir kaum wiedersehen, die Zeit der Vormundschaftsregierungen ist vorbei wie die der Theokratien, und das Recht, jazusagen und hochzurufen vollendeten Tatsachen gegenüber, wird in Zukunft nicht mehr genügen.

Der Krieg mag noch so günstig ausgehen, wie wir alle hoffen und erwarten, das Ergebnis wird niemals den gebrachten Opfern entsprechen, selbst wenn wir fremde Gebiete erobern und unterjochen und damit den Keim zu neuen Kriegen legen. Natürlich entwickeln gerade diejenigen, die vor dem Kriege den Gedanken an Verständigung verhöhnten und den Präventivkrieg predigten, heute den wildesten Appetit und schreien am lautesten nach „Garantien".

Staatsrechtliche Bedenken werden dem demokratischen Ausbau des Reichsgedankens auf die Dauer nicht wirksam begegnen können. Ich verkenne durchaus nicht die Vorzüge bundesstaatlicher Verfassung und wünsche sie soweit als möglich erhalten zu sehen. Die Bedeutung des Reiches als Träger der wichtigsten Interessen der Nation ist aber im Laufe der Jahre gewachsen, seine Zuständigkeit hat sich erweitert, es hat sich wie jeder andere „Konzern" entwickelt und ausgestaltet. Dieser Prozeß konnte nur unter Preisgabe gewisser Rechte der Einzelstaaten erfolgen. Das Reich ist heute etwas anderes als ein „ewiger Bund" souveräner Staaten. Nichts bleibt stehen, πάντα ῥεῖ und es mußte so kommen, falls nicht eine rückläufige Bewegung eintrat, die zur Auflösung führt, wie 1806.

Die Einzelstaaten werden genötigt sein, zugunsten des Ganzen weitere Opfer zu bringen, wie auch jeder einzelne Bürger. Auch hier gibt es kein starres Festhalten an den bestehenden Rechten und Verhältnissen, die eben den neuen Erfordernissen anzupassen sind. Wenn Bismarck heute so oft zitiert wird, um zu beweisen, daß an der Reichsverfassung nichts geändert werden darf, so ließen sich auch nach anderer Richtung Zitate des großen Staatsmannes ausfindig machen, die mindestens ebenso lehrreich wären, die aber vorläufig besser unerwähnt bleiben. An einen Krieg gegen nahezu alle übrigen Planetenbewohner hat er wohl nicht gedacht, als er die Verfassung schuf, und diese auch nicht für alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen eines mehrjährigen

Der Kaiser beim Reichskanzler.

Berlin, 7. Juli. (W. T. B.)

Der Kaiser und die Kaiserin sind heute nachmittag von Wien kommend, hier eingetroffen. Der Kaiser begab sich vom Bahnhof nach dem Reichskanzlerhause und nahm dort einen längeren Vortrag des Reichskanzlers entgegen. Später hörte Seine Majestät im Schlosse Bellevue die Vorträge des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg, des Generals Ludendorff und des Kriegsministers v. Stein.

* * *

Der offiziell ausgegebene Bericht über die gestrigen Verhandlungen des Hauptausschusses des Reichstages besagt nur, daß der Ausschuß, nachdem im Anschluß an die Ausführungen des Reichskanzlers noch mehrere Abgeordnete gesprochen hatten, nach zwei Uhr nachmittags die Weiterberatung auf Montag vormittag vertagt habe. Wir möchten hinzufügen, daß der Zentrumsabgeordnete Fehrenbach eine sehr eindrucksvolle Rede hielt, in der er seinem Parteigenossen Erzberger rückhaltlos zustimmte. Die weiteren Reden, insbesondere die Darlegungen des Abgeordneten Dittmann von der Unabhängigen Sozialdemokratie ergaben wesentliche Momente nicht mehr. Kurze Zeit nach Schluß der Ausschußdebatten traten die Führer der Fraktionen, mit Ausnahme der Konservativen und der Unabhängigen Sozialdemokraten, zu einer längeren vertraulichen Besprechung zusammen. Man kam dabei überein, **sich auf eine gemeinsame Entschließung zu einigen,** zu der der Reichstag dann im Plenum des Reichstages Stellung nehmen soll. Die Anregung dazu hatte der Abgeordneten Erzberger mit seiner Forderung im Hauptausschuß gegeben, **daß die Regierung und der Reichstag sich wieder zur Politik des 4. August 1914 bekennen, das heißt ausdrücklich hervorheben sollten, daß Deutschland nur einen Verteidigungskrieg führe.** Abzulehnen wäre natürlich der Gedanke, daß die Parteien sich damit begnügen sollten, ihre Zustimmung zu einer von seiten des Reichskanzlers kommenden Erklärung auszusprechen. Die einigende Formel ist bereits, soweit sie die Friedensfrage betrifft, so ziemlich fertiggestellt. Schwierigkeiten bestehen noch bei dem annexionistischen Flügel der Nationalliberalen. Dagegen steht das Zentrum ersichtlich, mit Ausnahme einiger Mitglieder, geschlossen auf dem Standpunkt, den Erzberger entwickelt hat.

Zu der zweiten, eng mit dem Friedensproblem zusammenhängenden Frage, der Frage der sofortigen inneren Neugestaltung, der Einführung des parlamentarischen Systems, haben die Parteien gestern noch nicht eine gemeinsame Erklärung vereinbart. Diese Frage wird heute erörtert werden. Wir halten sie — wenn man die Wiederherstellung des Friedens ernstlich beschleunigen will — für mindestens so wichtig, und für fast noch wichtiger, als eine Abweisung der Annexionspolitik. Voraussetzung ist dabei, daß man sich nicht mit Halbheiten begnügt, sondern mit klarer Entschlossenheit Verhältnisse schafft, die das deutsche Volk politisch auf die gleiche Stufe mit den anderen Kulturvölkern stellen. Es liegt sowohl im Interesse des Volkes, wie im Interesse der Krone, unzweideutig auszusprechen, daß in Zukunft Regierungen im Einverständnis mit der Volksvertretung ernannt werden, in allen wichtigen Angelegenheiten durch das Vertrauensvotum der Volksvertretung gestützt sein müssen, und daß die Lebensfragen der Nation nur im rechtzeitigen Zusammenwirken mit der Volksvertretung gelöst werden können.

Der Reichskanzler, Herr v. Bethmann Hollweg, hat mit seiner gestrigen Rede im Hauptausschuß, über die ein Bericht nicht ausgegeben wird, kaum irgend jemand befriedigt. Er hat ausweichend gesprochen, und es in der Friedensfrage wieder vermieden, sich irgendwie festzulegen. Das Gerücht, daß ein **Kanzlerwechsel zu erwarten sei,** erhielt sich in parlamentarischen Kreisen auch gestern abend. Als Nachfolger wurden unter anderen Graf Hertling, Graf Roedern und Fürst Bülow genannt, daneben auch militärische Persönlichkeiten und der rechtskonservative Herr v. Dallwitz. Man glaubte indessen im allgemeinen nicht, daß es zu einem Versuch mit einer Kampfkandidatur, mit einem „starken Manne", nach dem die Konservativen rufen, kommen werde. Ein solches Unternehmen würde zu schwer absehbaren Konsequenzen führen. Für wahrscheinlicher hält man, daß einige Parlamentarier aufgefordert werden würden, in die Regierung einzutreten. Indessen sind das alles nur Kombinationen und es ist auch immer noch möglich, daß zunächst sich, äußerlich wenigstens, nicht allzuviel ändern wird. Mit einiger Bestimmtheit aber wird vor verschiedenen Seiten der Rücktritt des Staatssekretärs im Reichsmarineamt, Capelle, erwartet.